



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

s.p.d./III/104

30. August 1948

## Zwischenspiel in Bonn

P.R. Die Genugtuung, mit der man in dem Zusammentritt des Parlamentarischen Rates einen wichtigen Schritt vorwärts auf dem Wege zur westdeutschen Konsolidierung sehen kann, darf nicht über die engen Grenzen hinwegtäuschen, die dieser Körperschaft gezogen sind. Sie ist nicht auf einer echten demokratischen Legitimation gegründet, sondern entspringt Wünschen der westalliierten Regierungen. Sie hat ausschließlich die Aufgabe, ein Grundgesetz, eine Art Ersatzverfassung auszuarbeiten und vorzulegen - nicht endgültig zu beschließen. Und dieses Grundgesetz selbst wird sich in den Rahmen zu bewegen haben, den das Besatzungstatut ihm läßt. Der Rat ist also im Grunde nichts anderes als eine Art überparteilicher und interzonaler vorfassungspolitischer Ausschuss. Das ist nicht viel, aber vielleicht genug, um wenigstens einen neuen Anstoß zu einer vernünftigeren Entwicklung in ganz Deutschland zu geben.

Der begrenzte Auftrag dürfte in sechs bis acht Wochen auszuführen sein. Die parteipolitische Zusammensetzung, die natürlich sehr wesentlich den Gang der Arbeiten bestimmen wird, trägt ein erhebliches Unsicherheitsmoment in sich. Es liegt in der Aufspaltung dieser Körperschaft in zwei gleich große Gruppen und in der unverhältnismäßig hohen Bedeutung, die damit die kleineren Parteien bekommen, und die, gemessen an dem Abstand von 27 zu fünf bzw. zwei Mandaten, fast nur Splitterparteien sind. Da aber das Arbeitsgebiet begrenzt ist und da außerdem die nicht ungünstige Erfahrung von Mercedessee vorliegt, braucht man in dieser Hinsicht nicht allzu besorgt zu sein. Das Wichtigste ist wohl, daß der extreme Föderalismus keine große Chance hat.

Die Sozialdemokratie, das sei in diesem Zusammenhang wiederholt, hat sich in allen ihren Willensäußerungen seit dem Kriegsende zu einer Bundesrepublik bekannt, die die Gefahr eines überspitzten Zentralismus unter allen Umständen vermeiden sollte. In diesem Standpunkt hat sich nichts geändert. Begründet ist er einmal in dem Bedürfnis, sich klar sowohl gegen den Einheitsstaat kommunistischer Trägung, als auch gegen die im Dritten Reich entwickelte unitaristische Staatsform abzugrenzen, dann aber vor allem in dem Willen, in einem gesunden, gemäßigten föderativen Weg ein natürliches Gegengewicht gegen die immer vorhandene Tendenz zu einer zentralistischen Bürokratie und ihren Gefahren zu finden. Das geschieht am besten durch Sicherung und Ausbau der Selbstverwaltungseinrichtungen, also dem Aufbau der Demokratie von unten. Die "Richtlinien für den Aufbau der deutschen Republik", niedergelegt auf dem Parteitag in Nürnberg, sprechen das deutlich aus.

Andererseits ist auf folgendes hinzuweisen: Bei der Bildung des Parlamentarischen Rates kam den Ländern über die Landtage nur eine sozusagen wahltechnische Funktion zu. Sie wurden bestimmt, die Abgeordneten für den Parlamentarischen Rat zu benennen, um ein möglichst schnelles Verfahren zu garantieren, wie es in den Londoner Empfehlungen gewünscht wird und wie es dem tatsächlichen Bedürfnis entspricht, nun ohne jede weitere Verzögerung zu einer einheitlichen politischen Verwaltung in Westdeutschland zu kommen. Der Parlamentarische Rat ist gegenüber den Ländern vollkommen frei in seiner Arbeit, seine Mitglieder sollten sich in ihren Entschlüssen nicht vornehmlich von der Erinnerung an ihre Länderherkunft leiten lassen.

Ein weiteres Element für die Unsicherheit der Arbeit in Bonn liegt in dem Fehlen eines Besatzungsstatuts. Es ist seinerzeit von den Besatzungsmächten zugesagt worden, dieses Statut dem Rat so rechtzeitig vorzulegen, daß er es, was ja unerlässlich ist, bei der Fertigstellung des Entwurfes zum Grundgesetz mit berücksichtigen kann. Leider gibt es aber offenbar bei der Fixierung dieses Statutes zwischen den westlichen Alliierten immer noch Meinungsverschiedenheiten, in erster Linie wegen besonderer französischer Wünsche. Es ist aber unmöglich, daß der Parlamentarische Rat zu einem Ergebnis kommen kann, ohne daß er das Besatzungsstatut kennt. Es gibt sogar Leute, die sagen, es sei nutzlos, mit dieser Arbeit auch nur zu beginnen, ehe die genannte Voraussetzung geschaffen ist.

Zeitlich gesehen dürften sich die Dinge etwa folgendermaßen entwickeln: Angenommen, das Grundgesetz wird Ende Oktober vom Rat fertiggestellt und der Militärregierung übergeben. Bis dahin wird vermutlich auch eine Entscheidung der westalliierten Regierungen darüber vorliegen, ob das Grundgesetz durch Volksentscheid oder durch die Landtage bestätigt werden wird, wobei bei den Besatzungsmächten die Tendenz zu wachsen scheint, sich dem deutschen Standpunkt anzuschließen, nach der die erste echte Volksbefragung erst aufgrund der bestätigten Bonner Entschlüsse erfolgen sollte. Dies könnte, wenn die Bestätigung durch die Landtage erfolgt, noch in diesem Jahr geschehen. Der daraus resultierende Bundestag müßte dann den Chef des ersten westdeutschen Direktoriums wählen, der seinerseits die einzelnen Mitglieder zu benennen hätte, soweit diese Form im Grundgesetz vorgesehen ist. Erst dann erfolgt der Übergang der bisherigen überzonalen Einrichtungen an die neuen Bundesverwaltungen. Auf diese Weise wäre es denkbar, daß man schon im Frühjahr 1949 auf den Parlamentarischen Rat als ein durch neue Tatsachen überholtes Zwischenspiel zurückblickt.

Berlin von morgen  
 =====

-e Berlin, 30. August

Was ist in der letzten Augustwoche in Berlin geschehen u. wohin drängt die Entwicklung in den ersten Septembertagen? Die Kommunisten sprechen von "historischen Stunden"; sie meinen selbstverständlich ihre eigene Machtergreifung in der Stadt. Auch der zweite Versuch dieser Art, acht Wochen nach dem ersten gescheiterten Putsch, hat ihnen am 26. und 27. August nicht "die Macht" gebracht. Doch sie haben eine wichtige Sitzung des Stadtparlaments mit Hilfe ihrer befohlenen Demonstranten, mit Hilfe ihrer Markgrafpolizei, mit Hilfe einer Besatzungsmacht verhindert. Sie haben in zwei aufeinander folgenden Tagen das in ihrem Sektor gelegene Stadthaus blockiert und die Arbeit der Stadtvertretung, in der sie nach dem Wahlergebnis in hoffnungsloser Minderheit sind, unmöglich gemacht.

Es ist deutlich, was diese lärmenden Szenen sollten: in dieser Stadtparlamentssitzung sollten neue Wahlen in Berlin für den 24. Oktober beschlossen werden; die Berliner Vertreter zum Parlamentarischen Rat sollten nominiert und der Beschluss der Berliner SPD zum ersten Male wirksam werden, wonach <sup>über</sup> alle Anträge der Kommunisten ohne Beratung zur Tagesordnung überzugehen sei, in ihr sollten ausserdem die durch die Sowjetblockade eingetretenen Zustände ausdrücklich debattiert werden; in ihr standen die Anschuldigungen des russischen Kommandanten Motikow gegen den Magistrat zur Debatte, wonach der Magistrat fortgesetzter illegaler Handlungen bezichtigt wird; in ihr sollten schliesslich massenweise Amtsenthebungen sozialdemokratischer Beamter und Angestellter in den Ostbezirken durch die russischen Kommandanten besprochen werden. Es war natürlich, dass diese Sitzung schärfer, eindeutiger, klarer noch als alle vorangegangenen eine ungeschminkte Anklage werden musste.

Diese Sitzung hätte inmitten des sowjetischen Sektors den Anschluss Berlins an das ganze Deutschland, wie es vom Westen her aufgebaut wird, gebracht. Das musste von Osten her verhindert werden. Die Kette von Massnahmen, die von sowjetischer Seite in den letzten Wochen Tag für Tag getroffen wurden, um ganz Berlin unter die sowjetische Befehlsgewalt zu bekommen, sollte durch "spontane Volksaktionen" das schliessende Glied erhalten. Alles, was hier geschah und geschieht, geht im Schatten von Moskau vor sich. Doch die Krenl-Gespräche dämpfen nicht die östlichen Aktionen; sie treiben sie vielmehr zu einer sich stündlich steigenden Eile und Schärfe. Es ist, als sollte den Verhandlungspartnern in Moskau ein sogenannter "Wille des Volkes" als schlagendes Argument auf den Verhandlungstisch gelegt werden - ein "Wille des Volkes", der die östliche Form der Stadtverwaltung als die einzig mögliche den westlichen Mächten offeriert.

Deshalb macht es den Kommunisten nichts aus, mit aller Lautstärke die Abberufung des Magistrats zu verlangen, weil der längst nicht mehr "dem Willen der Bevölkerung" entspreche; gleichzeitig aber die Konsequente Möglichkeit abzulehnen, mit den Berliner Neuwahlen diesen Willen zu bekunden. Sie hatten die Patentlösung nach volksdemokratischem

Muster schon bereits ein 18-er Ausschuss, der aus 9 Stadtverordneten und 9 "Bürgern" bestehen und an die Stelle des Magistrats treten sollte, ein Aktionskomitee also, das, ohne vom Volke berufen und legitimiert zu sein, auf das Bajonett der Besatzungsmacht gestützt, die angeblich so gestörte Ordnung schaffen sollte. Zur selben Zeit, da dieser Versuch vor sich ging, sagte Marschall Sokolowski in der Ostzone, wie seit langem erwartet, die termingemässen Wahlen ab, "um die Werktätigen in ihrer Arbeit am Zweijahresplan nicht zu hindern." Die Ostzone schweigt auch dazu, doch Berlin kann sprechen und handeln. Und so ist auch der neue, mit viel massiveren Mitteln und durch die Moskauer Ergebnisse so drängenden Intensität unternommene Umsturzversuch nicht gelungen.

Der Ostsektor Berlins freilich mit seinen mehr als 800.000 Menschen ist jetzt beinahe ganz ein anderes Land, eine andere Welt geworden. Ob noch einmal eine Stadtparlamentssitzung, ob noch einmal eine geschlossene Magistratsarbeit in diesem Stadtteil stattfinden kann, muss jetzt endgültig fraglich erscheinen. Ob es den Kommunisten und denen, die sie fördern und animieren, nur darauf ankam, die Oststadt ganz und uneingeschränkt durch ihren Befehl zu beherrschen, oder ob sie das grössere Ziel erstrebten, mit solchem Schläge ganz Berlin auf kaltem Wege in die Hand zu bekommen, steht dahin. Ihre Werbung um Westberlin, die nun unter dem Druck der rigorosen Blockade seit mehr als zwei Monaten läuft, ist ohne Erfolg geblieben. Die Lockung mit den Frischkartoffeln, dem Sowjetweizen, dem Sonnenblumenöl, den Sonder-Mehlzuteilungen und der Winterkohle - alles dies blieb ohne Ergebnis. Aber der September, der jetzt hereinbricht, hat schon herbstliche Tage. Der Osten wartet auf Herbst- und Winterwochen. Die Betriebe im Ostsektor stellen praktisch Mobilisationstruppen für Strassendemonstrationen dar und in die verkürzt arbeitenden oder stillgelegten Betriebe der Westsektoren sucht sich die kommunistische Katastrophenpropaganda mit allen Mitteln einzuschleichen. Schon einmal sind am Potsdamer Platz, am Dreiländerdreieck, Schüsse gefallen. Sie galten freilich Schwarzhändlern. Aber die politische Atmosphäre dieser Stadt, die gewichtig auf den wochenlangen Verhandlungen der grossen Mächte im Kream lastet, zeigt alle Zeichen einer ausserordentlich ernsten Situation. Die Bevölkerung weiss, dass ihr Schicksal in den Händen der Mächte liegt. Aber sie hat in diesen Monaten und Wochen gemerkt, dass es erheblich geformt und gelenkt wird durch die ungewöhnlich entschlossene Haltung, die sie selbst in der Stadt eingenommen hat. Und wenn jetzt das Stadtparlament, falls der russische Ostsektorenkommandant nicht die ruhige Abwicklung der parlamentarischen Arbeit zusichern kann, unmittelbar an der Sektorengrenze in der Reichstagsruine tagen sollte, dann wird diese Entschlossenheit gegen den kommunistischen Vergewaltigungsversuch gewiss noch nachhaltigere Wirkung für die Politik in und um Berlin haben. Niemand in der Stadt vermag zu sagen, wie morgen und übermorgen ihr Profil sein wird. Aber jeder erkennt, dass die Moskauer Beschlüsse, wie sie auch ausgehen mögen, von dem Kampfe Berlins um seine Freiheit geprägt sein werden. (ths/B3a/308/2/he) - - - - -

### Eine französische Berechnung der Kriegsschäden

A.F. Paris. Das französische Statistische Amt hat eine Berechnung der Kriegsschäden veröffentlicht, wonach Deutschland nach Polen und vor der Sowjetunion das am meisten betroffene Land Europas ist. Die folgenden Zahlen verstehen sich in französischen Franken, Wert 1947 (d.h. 120 ffrs. für 1 Dollar) und geben die Kriegsschäden pro Kopf der Bevölkerung wieder:

Polen 291.842 - Deutschland 252.930 - Jugoslawien 251.540 -  
Sowjetunion 234.170 - Luxemburg 207.415 - Frankreich 183.100 - Ungarn  
161.905 - Griechenland 155.650 - Albanien 148.775 - Norwegen 147.660  
- Niederlande 145.270 - Tschechoslowakei 121.600 - Belgien 95.200 -  
Großbritannien 49.685 - Österreich 26.405 - Italien 22.235 - Bulgarien  
20.500 - Rumänien 16.972 - Dänemark 13.850.

Für eine objektive Beurteilung der Kriegsschäden wäre es allerdings erforderlich, diese Zahlen dem durchschnittlichen Volkvermögen je Einwohner gegenüberzustellen. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen ist z.B. Griechenland viel härter vom Krieg betroffen worden als Deutschland, Luxemburg oder Frankreich.

### Schwere Wohnungskrise in Paris

A.F. Paris. In Paris gibt es 84.271 Wohnhäuser. Davon sind heute 22.920 hundert und mehr Jahre alt, während 25.048 zwischen 1851 und 1880 und 25.594 zwischen 1880 und 1914 erbaut wurden. Zwischen den zwei Weltkriegen wurden in Frankreichs Hauptstadt nur 8 709 neue Wohngebäude errichtet. Seit 1940 ist die Bautätigkeit vollständig eingestellt. Die Lebensdauer eines Mietshauses liegt zwischen 50 und 100 Jahren, demnach ist heute zumindest ein Viertel von Paris baufällig, während ein weiteres Viertel in nächster Zukunft unbrauchbar werden wird.

### Die Frauenkonferenz der SPD in Wuppertal

sp. Die diesjährige zentrale Frauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands findet vom 7. bis 9. September in Wuppertal statt. Referenten sind Erich Ollenhauer, Dr. Elisabeth Selbert, Mitglied des Parlamentarischen Rates (Die Rechtsstellung der Frau), Ingrid Enderle, Mitglied des Wirtschaftsrats (Die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit für die deutsche Wirtschaft), Nina Andersen, Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei Dänemarks (Die Stellung der Frau in den anderen Ländern), Marta Gotthelf, Leiterin des Frauensekretariats der SPD (Arbeitsbericht und Organisationsfragen).

Folgende sozialistischen Parteien des Auslandes entsenden Delegierte: Dänemark, England, Holland, Italien, Österreich und die Schweiz. Die englische Delegierte ist Margaret Herbison, Labour-Abgeordnete im englischen Unterhaus. Unter den Delegierten aus Österreich befindet sich die Frauensekretärin der Sozialistischen Partei Österreichs, Rosel Jochmann, die 6 Jahre lang im Konzentrationslager Ravensbrück zugebracht hat. Aus der Schweiz kommt Frau Kissel-Brutschi, die Vorsitzende der sozialistischen Frauen der Schweiz und Sekretärin des internationalen Büros der sozialistischen Frauen.

Unter den Delegierten der Frauenkonferenz wird die Oberbürgermeisterin von Berlin, Luise Schröder, sein. Sie ist die Hauptspracherin der am 8.9. in der Staatshalle Wuppertal stattfindenden großen Frauen-Kundgebung, auf der u.a. auch einige der ausländischen Delegierten und der Vorsitzende der SPD Nordrhein-Westfalen, Fritz Henssler, sprechen werden.

Die erste Nummer des Zentralblattes der SPD "Neuer Vorwärts", erscheint zum Parteitag in Düsseldorf am 11. September mit folgenden Beiträgen: Geleitworte von Dr. Schumacher, Morgan Phillips, Generalsekretär der englischen Arbeiterpartei und Oscar Pollak, Chefredakteur der Arbeiterzeitung in Wien; ferner "Über die Bedeutung des Parteitages" von Erich Ollenhauer, "Neuer Vorwärts - Alter Streit" von Friedrich Stampfer, Chefredakteur des Berliner "Vorwärts" bis 1933, "Sozialistische Frauenkonferenz in Wuppertal", "Die Lohn- und Preispolitik des Wirtschaftsrates" von Prof. Ludwig Frelter, Landesminister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein, "Helmstedt - Stadt an der Schicksalsgrenze" von Ewald Berndt, Bürgermeister von Helmstedt, "Drei Jahre Labour-Regierung" von Morgan Phillips, "Zum 75. Geburtstag von Otto Wels" (Vorsitzender der SPD bis 1940).

#### Nur die SPD nahm zu

sp. Im Jahre 1948 fanden in 232 Hamburger Betrieben bei einer Belegschaft von 119.747 Mann Betriebsratwahlen statt. Von den Mandaten erzielten die SPD 958 (1:V.84%), KP 203 (259) Parteilosen 497 (497), andere 14 (16). Sämtliche Neuzugänge sowie die Verluste der KP sind also der SPD zugute gekommen.

#### Ostzonen-Ernährung wie früher

sp. Gespräche mit Flüchtlingen aus der Ostzone ergeben, daß nach der Ernte die Ernährung im russischen Besatzungsgebiet keine Verbesserung erfahren hat. Die nachstehenden Angaben stammen aus einer mittleren Stadt in Thüringen: Demnach bekommt der Normalverbraucher pro Tag 300 g Brot, 20 g Zucker und 450 g Kartoffeln. Fett wird auf dem Papier mit 300 g monatlich zugeteilt, davon werden 100 g mit 200 g Zucker kompensiert ("das Fett wird verzuckert"), 60 g Fett werden mit 120 g Käse ersetzt, der Rest von 140 g wird entweder mit Butter, Öl, Schlachtfett oder Margarine, je nach Anfall der betreffenden Ware, ausgegeben. Fleisch wurde im August überhaupt nicht aufgerufen, lediglich als Nachtrag für die nicht aufgerufenen Mengen von Juli erfolgten kleinere Aufrufe, aber nicht für alle Kategorien der Karteneempfänger. Statt Fleisch wird Käse, Milch oder Quark gegeben. Auf dem Schwarzen Markt hat das neue Geld denselben Wert wie früher die Reichsmark, dieser Unterschied gegenüber den neuen Verhältnissen im Westen fällt also auch weg. Butter ist schwarz überhaupt nicht zu haben, da die Bauern infolge der hohen Ablieferungsquoten seit zwei Jahren keine Butter mehr erübrigen können. Ein Brot kostet 10 bis 15 Mark, ein Zentner Kartoffeln 100 Mark, ein Zentner Weizen 350 bis 400 Mark, eine Zigarette



te eine Mark. Es gibt auch keine Gebrauchsartikel frei zu kaufen. Der ganze Effekt der Währungsreform besteht in der Abschöpfung der letzten Spargroschen, so daß von Minderbemittelten nun auch der früher noch hin und wieder mögliche Weg auf den schwarzen Markt verbaut ist.

### Internationales Archiv der Arbeiterbewegung

sp. In Deutschland hält sich zur Zeit die Leiterin des Internationalen Archivs der Arbeiterbewegung in Holland auf, Adamar van Scheltama. Dieses Archiv ist das einzige seiner Art in der internationalen sozialdemokratischen Bewegung. Gegründet wurde es Anfang der zwanziger Jahre. Es enthält fast sämtliche wichtigen Urkunden und Werke aus der Geschichte der Arbeiterbewegung von ihren ersten Anfängen an und wurde laufend ergänzt. Diese großartige Einrichtung hat den einzelnen sozialdemokratischen Parteien in ihrem Kampf wertvolle Hilfe geleistet, so daß es kein Wunder war, daß die Nazis nach der Eroberung Hollands das ganze Material beschlagnahmten und verlagerten. Nach Kriegsende fehlte zunächst jede Spur, bis durch einen Zufall etwas von holländischen Lastkähnen auf der Weser verlautete, die mit Bücherkisten und lose gestapelten Zeitschriften voll beladen seien. Der erste Augenschein bestätigte die Vermutung, daß es sich hier um Teile des Internationalen Archivs handelte. Später wurden dann sehr große Materialmengen in Österreich gefunden. Nach mühevollen Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden gelang es, den gesamten Bestand nach Holland zurückzubringen. Hier stellte sich heraus, daß etwa 90 Prozent des ursprünglichen Archivs gerettet werden war. Adamar van Scheltama wird ihre ganze Kraft der Neuordnung und Ergänzung dieses eminent wichtigen Werkes.

### Was die USA im Krieg den Sowjets lieferten

sp. Bernard M. Baruch, der Ratgeber und Vertraute des USW-Präsidenten Franklin D. Roosevelt gibt in einem Artikel in der "Saturday Evening Post" Aufschluß über die Hilfe, welche die USA während des II. Weltkrieges der Sowjetunion leistete. Ungefähr ein Viertel der gesamten USA-Hilfe im Rahmen des Leih- und Pachtgesetzes in Höhe von 11 Mrd. Dollar ging nach Rußland, das vor allem dringend Wachtjäger benötigte, die es selbst nicht herzustellen vermochte, sowie Flugzeugbetriebsstoff, den die Russen in nicht genügendem Ausmaß produzierten. Zu 1984 Lokomotiven und 3 736.000 Autoreifen kamen 375.000 Lastwagen, 52.000 Jeeps, 35.000 Motorräder, 415.000 Telefon-Apparate, 15 Millionen Paar Soldatstiefel und vier Millionen Tonnen Nahrungsmittel. "Ohne diese Hilfe", so sagt Baruch, "hätte die Rote Armee kaum jene größere Beweglichkeit erreicht, die einer ihrer größten Vorteile gegenüber den Deutschen bildete. Mit ihren eigenen Hilfsquellen hätten die Russen die 22 Millionen Mann der Roten Armee, die sie schätzungsweise mobilisiert hatten, nicht versorgen können."